

Presserat mit neuen Richtlinien, „Bild“ kassiert mehrere Rügen

Der Deutsche Presserat hat seinen Presserkodex mit Blick auf spezifische Erscheinungs- und Veröffentlichungsformen in Online-Medien erweitert. Im Mittelpunkt steht dabei die Verantwortung der Presse für Online-Beiträge, die von Nutzern zugeliefert werden.

Nutzerbeiträge (User-Generated Content) müssen als solche klar erkennbar sein, heißt es in der neuen Richtlinie 2.7. Die Redaktion ist verpflichtet, Verstöße gegen die Presseethik auch durch Kommentare von Nutzern zu beseitigen, sobald sie diese selbst erkennt oder darauf hingewiesen wird.

Eine weitere Änderung gibt es in der Richtlinie 2.6. Danach dürfen unter Pseudonym veröffentlichte Online-Nutzerbeiträge auch als Leserbrief in einer Printausgabe veröffentlicht werden, wenn auf die Quelle hingewiesen wird. Richtlinie 3.1 schließlich hält jetzt fest, dass bei Online-Veröffentlichungen eine Richtigstellung mit dem ursprünglichen Beitrag verbunden wird bzw. dass sie, wenn sie in dem Beitrag selbst erfolgt, kenntlich gemacht wird.

Die Beschwerdeausschüsse des Deutschen Presserates haben in ihren Märzsitzungen sieben öffentliche Rügen ausgesprochen. Hauptabnehmer sind „Bild“ und „Bild Online“. Erneut wurden vor allem die identifizierende Berichterstattung und die Missachtung des Opferschutzes gerügt.

In einem Fall wurde nicht davor zurückgeschreckt, ein Foto zu veröffentlichen, welches der Täter während der Vergewaltigung als „Trophäe“ angefertigt hatte. Auch wenn das Gesicht des Opfers verfremdet war, wurde das als „besonders gravierende Verletzung der Würde des Opfers“ bewertet.

„Bild Hamburg“ berichtete über den Mordprozess gegen einen 16-Jährigen. Der Angeklagte war in dem Beitrag mit Vornamen, abgekürztem Nachnamen und Wohnort genannt worden. Der Artikel enthielt zudem sein Porträtfoto. Ein schwerer Verstoß gegen den Presskodex, da die Identität von Kindern und Jugendlichen einen besonderen Schutz genießt, auch bei schweren Straftaten.

Drei Rügen wurden wegen Schleichwerbung ausgesprochen. Es gab zudem 17 Missbilligungen und 42 Hinweise. 78 Beschwerden wurden als unbegründet erachtet.

Karin Wenk

Der überarbeiteten Presserkodex und mehr über die Ergebnisse der Beschwerdeausschüsse unter

www.presserat.de



Die Konzernzentrale in Köln.

Foto: M. DuMont Schauberg

M. DuMont Schauberg:

Unruhige Zeiten

Für die Beschäftigten der „Hamburger Morgenpost“ (Mopo) konnten sich ver.di und DJV Anfang März auf einen Sozialtarifvertrag und Sozialplan einigen, ein Altersteilzeitarifvertrag soll verhandelt werden. Doch dies ist nur ein Etappensieg, der Medienkonzern M. DuMont Schauberg will weiterhin massive Einsparungen an den verschiedenen Standorten durchsetzen.

Fünf Tage hatten die Beschäftigten aus Verlag und Redaktion für eine Einigung gestreikt, davon drei Tage zusammenhängend. Hintergrund war die Verlagsankündigung, dass sieben Beschäftigte entlassen werden sollen; ursprünglich standen sogar zehn Arbeitsplätze auf der Kippe. „Es ist vereinbart worden, dass betriebsbedingte Kündigungen nach Möglichkeit vermieden werden. Hinzu treten gute Abfindungsregelungen und eine tragfähige Transfergesellschaft“, stellten in einer gemeinsamen Erklärung ver.di-Fachbereichsleiter Martin Dieckmann und DJV-Landesgeschäftsführer Stefan Endter fest: „Damit ist es gelungen, für die Kolleginnen und Kollegen ein gutes Ergebnis zu erzielen, das ohne die Warnstreiks nicht zustande gekommen wäre. Wir freuen uns, dass dieser schwerwiegende Konflikt mit einer tragfähigen Lösung beendet werden konnte“.

In einer gemeinsamen Erklärung von Geschäftsleitung und Betriebsrat heißt es zu den wichtigsten Punkten der Regelung: Abfindung 1,0 x Jahre der Betriebszugehörigkeit, Transfergesellschaft mit Aufstockung auf 80 Prozent des bisherigen Entgelts sowie zwölf Monate Laufzeit, Fortsetzung der Verhandlungen über einen Altersteilzeit-Tarifvertrag. Der Be-

triebsrat bedankte sich laut einer Mail bei der Belegschaft für deren Unterstützung: „Euer Engagement und Eure entschlossene Haltung – ob auf Versammlungen, bei Unterschriftenlisten oder bei den Aktionen der Gewerkschaften – haben dazu geführt, dass wir eine in unseren Augen gute und vertretbare Lösung mit der Geschäftsleitung gefunden haben. Dafür möchten wir euch danken, es ist der Erfolg Eures Tuns.“

Hintergrund ist das vom Konzern M. DuMont Schauberg, dem mehrheitlich die „Hamburger Morgenpost“ gehört, als „Perspektive Wachstum“ bezeichnete Sparprogramm. Bei allen Zeitungshäusern des Konzerns sollen Stellen und Kosten eingespart werden.

Hart trifft es auch die Beschäftigten des Berliner Verlags („Berliner Zeitung“, „Berliner Kurier“). Bei dem Boulevardblatt „Berliner Kurier“ kam es am 9. März zum Paukenschlag: Der Verlag trennte sich von Chefredakteur Hans-Peter Buschheuer. Der „Berliner Kurier“ wurde zum 1. Februar in eine eigene Gesellschaft ausgelagert. Buschheuer, der als Beschäftigter davon auch betroffen war, hatte dem Betriebsübergang seines Arbeitsverhältnisses widersprochen.

Laut dem Branchendienst „Horizont“ war dies nur der Schlusspunkt in einem offenen Konflikt zwischen Buschheuer und der Konzernspitze. Buschheuer wollte demnach die neuerliche Kürzung seines Honoraretats in sechsstelliger Größenordnung nicht hinnehmen, er sah seine journalistische Handlungsfähigkeit auf dem umkämpften Berliner Zeitungsmarkt durch den Sparkurs der Eigentümer bedroht.

Entfremdete Medien?

Die Rolle von Glaubwürdigkeit und Vertrauen im Journalismus

im ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst,
29. bis 31. Mai 2015



Institut
für Bildung,
Medien und Kunst

Der brutale Anschlag auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ hat nicht nur die Debatte neu entfacht, was Medien dürfen und was nicht. Er hat auch ins Bewusstsein gerufen, wie wenig selbstverständlich Meinungs-, Presse- und Rundfunkfreiheit sind. Ungeachtet dieser Erregungenschaft fühlt sich ein Teil unserer Gesellschaft von den Medien nicht mehr repräsentiert, geschweige denn informiert. Mit Begriffen wie „Lügenpresse“, „Meinungskartell“ oder „Staatsfunk“ werden Medien aller Art verunglimpft, ihnen Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit abgesprochen – ob auf der Straße wie bei PEGIDA oder in Internetforen und Facebook-Kommentaren.

Doch was bedeutet das für den Journalismus und unsere Demokratie, wenn weite Teile der etablierten Medienlandschaft nicht mehr ernst genommen werden? Welche Verantwortung tragen Journalistinnen und Journalisten selbst an dieser Entwicklung? Und was kann getan werden, um Vertrauen zurückzugewinnen? In diese und andere Fragen bietet die Tagung Einblick. In Vorträgen und Workshops sollen Zusammenhänge und Lösungen erörtert werden.

- Wir sind nicht die Guten: Was leisten die Medien in unserer Demokratie noch? - Steffen Grimberg, Leiter Grimme-Preis, Grimme-Institut,
- Berichterstattung aus Krisenregionen: Was ist die Wirklichkeit und wie beschreibt man sie? - Chris Grodotzki, Fotograf
- Vorurteile, Frust und Fremdenfeindlichkeit: Müssen sich die Medien den Menschen anpassen? - Alexander Häusler, wiss. Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf
- Bürgerreporter im Lokaljournalismus: eine neue Medienökonomie? - Horst Röper, Leiter des FORMATT-Instituts Dortmund
- Wie funktioniert „Bürgerjournalismus“? Ein Praxisworkshop am Beispiel von lokalkompass.de - Helgo Ollmann, Medienpädagoge
- Gekaufte Wahrheiten: Der richtige Umgang mit PR und Propaganda im Netz - Sissi Pitzer, Journalistin und Moderatorin, u.a. „MedienMagazin“, Bayerischer Rundfunk (angefragt)
- Verleumdungen, Shitstorms und Gewaltandrohungen: Wie schütze ich meine Identität? Hauke Gierow, Reporter ohne Grenzen
- Zusammenfassung, Denkanstöße und Schlussfolgerungen: Uli Janßen, dju-Bundesvorsitzender
- Tagungsleitung: Karlheinz Grieger

Kosten: Für ver.di-Mitglieder kostenfrei, Nicht-Mitglieder 399 Euro inkl. Verpflegung und Unterkunft

Ausführliche Informationen: www.imk.verdi.de

Schulbuchverlage:

Neuer Aderlass bei Langenscheidt

Bei Langenscheidt in München steht ein weiterer heftiger Personalabbau bevor. Nach verschiedenen Medienmeldungen sollen 29 Beschäftigte betriebsbedingt entlassen werden.

Begründet werden die Entlassungen mit einem „Strategiewechsel“. Der Schwerpunkt soll künftig auf Print und klassischen Verlagsprodukten liegen. Alle digitalen Aktivitäten sollen künftig „im Rahmen von Kooperationen stattfinden“. Die „seit Jahren anhaltende unerfreuliche Umsatz- und Ergebnisentwicklung“ sei ausschlaggebend für die strategische Neuausrichtung, so ein Sprecher des Gesellschafters Günther Holding.

Mit „Strategiewechseln“ und daraus folgenden Sozialplanverhandlungen haben die Beschäftigten und Betriebsräte von Langenscheidt in den letzten Jahren leidvolle Erfahrungen sammeln müssen. Ende 2010 forderte bereits

eine Umstrukturierung im Langenscheidt-Haus in München einen heftigen personellen Aderlass. Mit einer „wendigen Struktur“ solle aus einem „redaktionsgetriebenen Verlag“ ein „vertriebsorientierter Verlag“ werden, kündigte der damalige Gesellschafter Andreas Langenscheidt an. 2011 folgte der Verkauf von Polyglott an die Verlagsgruppe Ganske.

2012 kommt mit der Familienholding des Hamburger Lotto-Unternehmers Günther ein neuer „strategischer Investor“ an Bord. Die „konsequente duale verlegerische Ausrichtung“ wird die neue Lösung. Gleichzeitig kommt der Geschäftsbereich Erwachsenenbildung und Schule abhanden. Von dem hatte kurz zuvor der damalige Geschäftsführer Jan Henne De Dijnin in einem buchreport-Interview noch geschwärmt, er sei der „stabilste Bereich“, der „über die letzten zehn Jahre am regelmäßigsten Wachstumsquoten aufgewiesen hat“. Da-

rüber wird sich der Käufer, die Klett Gruppe, gefreut haben.

Vorausgegangen waren 2009 der Verkauf von Brockhaus (an Bertelsmann Wissen), B.I. / Duden (an Cornelsen); 2010 folgte der Verkauf der Thüringer Verlagsauslieferung (an Rhenus) und der US-Straßenkarten (an Universal Map).

Die Strategiewechsel der vergangenen Jahre haben die Belegschaft im Münchner Verlagshaus seit 2010 von rund 250 auf aktuell rund 90 absinken lassen. Nach den jetzt verkündeten Plänen sollen bald nur noch 60 Kolleginnen und Kollegen im traditionsreichen Verlagshaus arbeiten. Für die vielen leeren Büros im chicen Verlagsneubau hat sich indes ein neuer Mieter gefunden: Dort wird die Landesleitung der CSU einziehen.

Bernd Mann

Bundesarbeitsgericht:

Klagen abgewiesen - Zeitungssteller bleiben rechtlos

Die Kündigungsschutzklagen von gekündigten Zeitungszusteller/innen der ZV Zentrum (ZVZ) in München wurden vom Bundesarbeitsgericht (BAG) abgewiesen. In den Vorinstanzen - Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht München - wurde den Klagen teilweise stattgegeben, teilweise wurden sie abgewiesen. Somit lag die endgültige Klärung beim Bundesarbeitsgericht in Erfurt.

Auslöser für die Klagen war die Kündigung aller Zusteller/innen der ZVZ wegen „Auftragsentzug“. Die Zustellung wurde einer anderen ZV-Gesellschaft übertragen, der Betriebsübergang jedoch explizit abgelehnt. Die ZV-Gesellschaften besorgen in München die Zeitungszustellung. Sie stehen nicht im Wettbewerb zueinander, sondern decken jeweils ein bestimmtes Stadtgebiet ab. Auftraggeber ist die SZ Logistik GmbH, eine 100%-Tochter der Süddeutschen Zeitung GmbH. Diese ist bei allen ZV-Gesellschaften Minderheitsgesellschafter; im Gesellschaftervertrag wird ihr jedoch das vollständige Stimmrecht übertragen. Im Klartext: Die Süddeutsche Zeitung GmbH hat sich selber den Auftrag entzogen, um ihn anschließend wieder an sich selber zu übertragen.

Für eine vollständige Bewertung des Urteils muss die schriftliche Urteilsbegründung abgewartet werden.

In der mündlichen Verhandlung wurde fast ausschließlich darüber gesprochen, ob die Haustürschlüssel ein prägendes Betriebsmittel in diesen ansonsten „betriebsmittelarmer Betrieb“ sind. Eine Kammer beim Arbeitsgericht sowie eine Kammer beim Landesarbeitsgericht München haben dies jeweils so gesehen, neben anderen Gründen.

Süddeutscher Verlag:

Der Umgang mit den Beschäftigten im Kundenservice-Center KSC empört die Betriebsräte und Beschäftigten im Süddeutschen Verlag. Monatlang ließ man die rund 30 Kolleginnen und Kollegen im Ungewissen über ihre berufliche Zukunft. Nachdem die vom Verlag geforderte „Einsparung“ bei den Personalkosten erbracht wurde, reicht sie jetzt plötzlich nicht mehr. Nun sollen die Beschäftigten noch auf Gehalt verzichten oder der Betrieb wird geschlossen.

Jedes Callcenter sei billiger, ließ die Geschäftsleitung die eigenen Beschäftigten wissen. Dumm nur, dass die Dienstleister nicht die Qualität liefern können, die das KSC bietet. Qualität behalten und trotzdem viel sparen. Die Lösung sieht im Süddeutschen Verlag des Jahres 2015 so aus: Wenn 600.000 Euro



Zeitungszusteller in München.

Foto: Werner Bachmeier

In der mündlichen Verhandlung wurde unter anderem die Einschätzung geäußert, dass man Schlüssel ja „problemlos beim Schlüsseldienst nachmachen“ könne, und es fiel die Aussage, dass die Schlüssel im Besitz der SZ Logistik gewesen seien. Beides ist definitiv falsch. Die Haustürschlüssel gibt es eben gerade nicht beim Schlüsseldienst, sie sind nicht auf dem freien Markt erhältlich. Und die Schlüssel wurden von den ZV-Gesellschaften bezahlt und dort in den Büchern geführt.

Das Urteil ist verheerend für die Rechtsstellung von Beschäftigten in sogenannten „betriebsmittelarmer Betrieben“, insbesondere in den Zeitungsvertriebsfirmen (ZV-Gesellschaften) der „Süddeutschen Zeitung“ in München. Es segnet das wiederholt genutzte Erpres-

sungspotential ab: „Wenn ihr nicht macht, was wir wollen oder gar einen frechen Betriebsrat wählt, dann entziehen wir euch einfach den Auftrag, basta.“

Selbst die Sozialplanpflicht (in Betrieben mit Betriebsrat) nutzt nichts, denn diese Gesellschaften haben praktisch kein Vermögen - und somit keine Masse für einen Sozialplan. Allenfalls ein Almosen wird gewährt, für das dann auch noch Dankbarkeit und Unterwürfigkeit verlangt wird.

Dieser rechtlich sanktionierte Freibrief setzt Beschäftigte praktisch der völligen Rechtslosigkeit aus.

Bernd Mann

Ausführliche Informationen zum Hintergrund:

<http://bit.ly/1BzkdNI>

Mieser Stil in Steinhausen

Personalkosten eingespart werden, ließe sich die Betriebsschließung stoppen. Dazu müssten von den umgerechnet 21,7 Vollzeitstellen 9,2 Stellen abgebaut werden.

Nach zähen Verhandlungen konnte der Betriebsrat erreichen, dass die anfangs ausgesprochen mageren Abfindungsangebote erhöht werden. 17 Kolleginnen und Kollegen mit umgerechnet 9,54 Vollzeitstellen entschieden sich, trotz oft langer Betriebszugehörigkeit, den Verlag zu verlassen und damit den verbleibenden die Arbeitsplätze zu retten.

Obwohl damit die Vorgaben erreicht sind, haben sie die Rechnung doch ohne den Wirt gemacht: Anfang März teilte der Arbeitgeber dem Betriebsrat mit, dass die 17 Abgänge „nur“ einer Kosteneinsparung von 495.000 Euro entsprechen würden. Deshalb sollen die

verbleibenden Beschäftigten jetzt Gehaltsverzicht leisten. Und nur wenn alle das „Angebot“ - einer 15-prozentigen Lohnkürzung! - annehmen, werde das KSC erhalten. Die Garantie gilt allerdings auch nur für zwei Jahre. Frist für die Entscheidung: zwei Wochen.

Der Betriebsrat ist empört und fühlt sich hinter Licht geführt. Und die Betriebsräte sind in großer Sorge, zumal auch die Unternehmensberatung Schickler im Verlag ihr Unwesen treibt. Wo wird als nächstes geholt?

Es steht zu befürchten, dass der scheinbar vorgelegte Katalog der Grausamkeiten als Vorlage für weitere Aktionen dient.

Bernd Mann

Link zum ver.di-Landesfachbereich Bayern:

www.medien-kunst-industrie-bayern.verdi.de

VG Wort:

Ausschüttung 2015 wird ausgezahlt

Die VG Wort zahlt die Ausschüttung zu den üblichen Terminen, aber die Verteilung erfolgt unter Vorbehalt, bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs.

In einer Presseerklärung teilte die VG Wort am 20. März mit, dass die Zahlung auch in diesem Jahr erfolgen wird. Sie wird aber - wie in den vergangenen Jahren - unter Vorbehalt erfolgen, da noch Verfahren gegen den Verteilungsplan anhängig sind.

Hintergrund für den Vorbehalt sei die weiterhin unklare Rechtslage im Klageverfahren eines wissenschaftlichen Autors gegen die Beteiligung der Verlage an den Ausschüttungen der VG WORT. Am 29. Januar 2015 fand vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) die mündliche Verhandlung im Verfahren Repebel / Hewlett Packard statt. Dieses Verfahren betrifft zwar die Rechtslage zur Gerätevergütung in Belgien. Es geht aber auch hier unter anderem um die Frage der Verlegerbeteiligung an gesetzlichen Vergütungsansprüchen wie beispielsweise für die erlaubte Privatkopie. Zuvor hatte der Bundesgerichtshof mit Beschluss vom 18. Dezember 2014 das Klageverfahren gegen den Verteilungsplan der VG WORT ausgesetzt, um die Entscheidung des EuGH abzuwarten. Der EuGH hat bisher noch keine Entscheidung verkündet. Vielmehr werden zunächst am 30. April 2015 die Schlussanträge des Generalanwalts veröffentlicht werden. Wann im Anschluss daran mit einer Entscheidung des Gerichtes selbst gerechnet werden kann, ist offen.

Vor diesem Hintergrund und unter Einbeziehen eines ergänzenden Rechtsgutachtens hat

der Vorstand der VG WORT mit einstimmiger Billigung des Verwaltungsrats nach sorgfältiger Abwägung der Interessen von Autoren und Verlagen entschieden, anstehenden Ausschüttungen der VG WORT an Autoren entsprechend den Regeln des Verteilungsplans zu den üblichen Terminen durchzuführen. Die Hauptausschüttung 2015 ist für Ende Juni/Anfang Juli 2015 vorgesehen. Angesichts der weiterhin unklaren Rechtslage werden die Ausschüttungsempfänger jedoch wie in den Jahren zuvor auf die Möglichkeit einer Rückforderung von ausgezahlten Beträgen hingewiesen.

Über die in 2015 anstehenden Ausschüttungen der VG WORT an Verlage wird grundsätzlich erst nach Verkündung der Entscheidung des EuGH in dem belgischen Verfahren entschieden. Abweichend davon können Verlage jedoch auch schon vor einer Entscheidung des EuGH dann eine Ausschüttung nach den Regeln des Verteilungsplans zu den üblichen Terminen bekommen, wenn sie sich zuvor vertraglich verpflichten, die erhaltene Ausschüttung ggf. binnen 30 Tagen zurückzuerstatten, falls die Entscheidung des EuGH oder des BGH dies erforderlich machen und die VG WORT die Verlage zur Rückerstattung aufgefordert hat.

Die im Frühjahr 2015 anstehenden Ausschüttungen für Schulbuchverlage werden, weil dort eine andere Rechtslage besteht, unverzüglich durchgeführt. Auch diese Ausschüttungsempfänger erhalten den Rückforderungshinweis wie in den Jahren zuvor.

www.vgwort.de

Wie viel Medienschelte verträgt die Pressefreiheit?

Irgendetwas läuft falsch in der Beziehung zwischen Journalisten und ihrem Publikum. Die Symptome sind unverkennbar: Grassierendes Misstrauen etwa in die Ukraine-Berichterstattung, „Shitstorms“ in den Diskussionsforen von Qualitätsmedien, Manipulationsvorwürfe bis hin zur vergifteten Parole von der „Lügenpresse“. Doch was sind die Ursachen für diese Phänomene? Wie lässt sich ihnen begegnen? Wann schlägt Kritik an medialer Deutungsmacht in eine Gefahr für die Pressefreiheit um?

Im Vorfeld des Internationalen Tags der Pressefreiheit am 3. Mai laden der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten Union (dju), der Deutsche Journalisten-Verband (DJV), Reporter ohne Grenzen (ROG) und der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) zur Diskussion über ein Thema ein, das seit Monaten für Diskussionstoff bei Medienmachern sorgt:

Wie viel Medienschelte verträgt die Pressefreiheit?

am Mittwoch, 29. April 2015 um 18.30 Uhr
in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt
Luisenstraße 18, 10117 Berlin

Über diese und weitere Fragen diskutieren unter anderem:

- Alice Bota, Redakteurin „Die Zeit“, Hamburg
- Stefan Niggemeier, freier Medienjournalist, Berlin
- Prof. Dr. Bernhard Pörksen, Medienwissenschaftler, Universität Tübingen
- Andrea Röpke, Politologin und freie Journalistin, Expertin für Rechtsextremismus

Moderation: Dagmar Engel, Chefredakteurin DW-Hauptstadtbüro

Anmeldung über den DJV dju@dju.de

16. Typotage: Programm online! „Kontrast“ - 4. bis 7. Juni 2015



Den Eröffnungsvortrag wird Sven Winterstein, Designer und Drucker, von Letterjazz aus Essen halten. Er wird dabei den Kontrast von gedrucktem und ungedrucktem Papier, von veredeltem und nicht veredeltem Druck anhand seiner Arbeit vorstellen. Angeboten werden diese vier Workshops:

Workshop I mit Typocalypse (Stefan Hübsch, Kai Merker und Sven Fuchs). Typocalypse ist eine nicht radikale Designerzelle mit einem Fokus auf Schrift und Typografie – aktuell ansässig in Saarbrücken. In diesem Workshop wird nicht nur analog gearbeitet sondern auch analog Musik gehört – das Mitbringen von Langspielplatten ist erwünscht.

Workshop II mit Nadine Roßa und Patrick Marc Sommer, Berlin: Buchstabengeschichten/Letterstories. Am Ende soll ein typografisches Plakat entstehen.

Workshop III mit Uta Schneider, Offenbach: Kontrastprogramm. Wir gestalten ein Kontrastprogramm, mit all den vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten, die eine Buchgestaltung bietet.

Workshop IV mit Peter Reichard, Offenbach/Frankfurt: Salz und Pfeffer – Kontraste im Verpackungsdesign. Im Workshop wird ein Erscheinungsbild für ein Verpackungsset von Salz und Pfeffer gestalten.

Unter www.tage-der-typografie.de gibt es weitere Informationen zu den Workshops und Referenten. Dort ist auch die Online-Buchung möglich.

Twitter-Tipps



Fachgruppe
Verlage, Druck
und Papier:
@vdp_in_verdi
die dju:
@djuverdi
Tarifinfos:
@tarif_medien

Impressum

Der Verlagsnewsletter ist eine Publikation
der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesfachbereich 8

Bereich Medien, Paula-Thiede-Ufer 10
10112 Berlin

V.i.S.d.P.: Matthias von Fintel

Tarifsekretär Medien

Redaktion: Silke Leuckfeld

<http://tinyurl.com/o2jqwhg>

**DIE STÄRKE VON VER.DI WÄCHST MIT
JEDEM MITGLIED – DER BEITRITT LOHNT SICH.**
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>